

Bericht über die Tätigkeit des Kammervorstandes, Mai 2016 – November 2016

I. Gesundheitspolitische Aktivitäten

Vdek- Veranstaltung „Gespräche am Fluss“, 20.05.16

Zu einer Veranstaltung in neuem Format lud die vdek-Landesvertretung Bremen ein. Auf dem Theaterschiff auf der Weser trafen sich Gesundheitspolitiker, Kassenvertreter und sonstige Akteure aus dem Gesundheitswesen.

Nach der Begrüßung durch die Leiterin der Landesvertretung Kathrin Herbst und einem Grußwort des Vertreters der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Uwe Schneider-Heyer sprach Christian Zahn, Vorsitzender des Verbands der Ersatzkassen zu den Kosten des Gesundheitswesens. Er konstatierte: „Die Reformen der Großen Koalition verlangen der gesetzlichen Krankenversicherung finanziell viel ab. Wir rechnen in den nächsten fünf Jahren mit etwa 15 Milliarden Euro Mehrausgaben. Diese werden nach aktueller Rechtslage über den Zusatzbeitrag allein von den Versicherten zu tragen sein.“ In seinem Beitrag lobte er besonders die KV Bremen und den bremischen Zulassungsausschuss dafür, weil Bremen bundesweit die einzige KV-Region sei, in der aktiv „Übersorgung“ abgebaut würde.

Gespräch mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband am 30.05.16 und Tarifgemeinschaft der Länder

Ende April hatte sich die PK Bremen an den KAV gewandt, auf die Situation der angestellten Psychotherapeuten verwiesen und um einen Termin gebeten. An dem Gespräch nahmen von Seiten des KAV Wolfgang Sölller, Geschäftsführer KAV, zugleich Referatsleiter beim Senator für Finanzen und Saskia Schiller, Juristin beim KAV und von Seiten der PK Bremen Wiebke Rappen und Karl Heinz Schrömgens vom Kammervorstand teil.

Das Gespräch verlief in einer angenehmen und wohlwollenden Atmosphäre. Herr Sölller wies zunächst daraufhin, dass unser Schreiben Ende April in die Endphase der Tarifverhandlungen eingetroffen sei und somit keinen Einfluss mehr hätte nehmen können.

Die KAV-Vertreter zeigten sich interessiert, sich in die Situation unserer Berufsgruppen hineinzudenken. Von uns wurden die Historie und die aktuelle Situation dargestellt, ebenfalls die Unterschiede im Status unserer Berufsgruppen im ambulanten und stationären Feld.

Beim Verweis auf die aktuelle Änderung der Entgeltordnung unter XVII PP/KJP mit der Eingruppierung unter EG 14 und der notw. Äquivalenz mit Fachärzten unter EG 15 machte Sölller auf Folgendes aufmerksam: Im Krankenhaus gibt es für Ärzte die EG Ä 1, Ä 2, A 3. Diese gelten nur für Ärzte. Bei Ärzten in der Verwaltung, z.B. Gesundheitsamt gelten die EG 14 (Arzt) und EG 15 (Facharzt). Im Tarifrecht sei das unterschiedlich geregelt.

Wenn eine Gleichstellung zwischen Fachärzten und Psychotherapeuten gegeben und sie den gleichen Verantwortungs- und Aufgabenbereich haben, dann wäre eine solche Gleichbehandlung in der tariflichen Einordnung und der Bezahlung beim Arbeitsgericht einklagbar. Er sprach die unterschiedlichen Befugnisse im Krankenhaus bezogen auf Medikamentenverordnung und AU-Schreibung an. Eine unterschiedliche Verantwortung könnte auch eine unterschiedliche Vergütung rechtfertigen. Die Entgelt-Ordnung werde nur in größeren Abständen neu verhandelt. Aber es sei durchaus üblich Nachjustierungen vorzunehmen.

Im November nahm die PK Bremen erneut mit dem Referatsleiter Kontakt auf, um Kammerüberlegungen für die Aufnahme unserer Berufsgruppen in den Tarifvertrag der Länder (TdL) zu vermitteln.

Gespräch mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD- Fraktion

Am 4.10.16 traf sich Kammerpräsident Karl Heinz Schrömgens mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD- Fraktion in der Bürgerschaft zu einem Gedankenaustausch zu folgenden Themen:

- Versorgung von psychisch kranken Menschen mit komplexen Leistungsbedarf,
- Änderungen der Psychotherapie-Richtlinie, insbesondere zur Einführung der Sprechstunde
- Ausbildungsreform.

Neuausrichtung des Studiengangs beschlossen

Die zahlreichen Aktionen gegen die Schließung des Studiengangs führten schließlich zur Einberufung einer unabhängigen Expertenkommission, die aus drei renommierten Psychologieprofessoren bestand, und zwar Amélie Mummendey (Universität Jena), Johanna Eleonore Weber (Universität Greifswald) und Reinhold Kliegl (Universität Potsdam). Diese besuchten im Frühjahr dieses Jahres den Bremer Campus, um mit Mitarbeitern, Studierenden und dem Dekanat zu sprechen und ein neues Konzept für den Studiengang zu erarbeiten. Jetzt liegt das Ergebnis vor.

Nach dem neuen Konzept soll ein breit aufgestellter Bachelorstudiengang angeboten werden und ein Masterstudiengang mit Schwerpunkt Klinische Psychologie und Psychotherapie. Aktuell sind fünf Professuren neu ausgeschrieben; insgesamt werden im neuen Studiengang sieben Professuren verortet sein. Die Universitätsleitung rechnet damit, dass mit Wintersemester 2017/18 der neue Studiengang die Arbeit aufnehmen kann. Die PK Bremen bewertet dieses Ergebnis als sehr positiv und hofft, dass damit ein attraktives Angebot geschaffen wird, das langfristig den Zugang zum psychotherapeutischen Beruf in Bremen sichert.

Am 10.11.16 traf sich Kammerpräsident Karl Heinz Schrömgens mit Prof. Manfred Herrmann (Arbeitsfeld: Neuropsychologie) zu einem Gedankenaustausch. Herrmann wird als einziger bisheriger Hochschullehrer zum neuen Studiengang gehören. In dem Gespräch wurde deutlich, dass sich der neue Studiengang offen zeigt für die Berücksichtigung eines Direktstudiums Psychotherapie.

II. Kooperationen mit anderen Institutionen des Gesundheitswesens:

Gemeinsames Landesgremium § 90a

Auf der Sitzung am 02.09.16, die von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Prof. Eva Quante-Brandt geleitet wurde, beschäftigte sich das Landesgremium mit drei Themen. Es nahm den Bericht des Landesbehindertenbeauftragten Dr. Joachim Steinbrück zur Lage der behinderten Menschen in Bremen entgegen. Weiterhin nahm die Landesfrauenbeauftragte Dipl.-Psych. Ulrike Haufe an der Sitzung teil und informierte zu Versorgungsproblemen bei der Behandlung von essgestörten Mädchen und jungen Frauen. Zum Dritten wurde ein kurzer Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung eines Geriatriekonzeptes entgegengenommen.

Gespräch mit dem neuen Leiter des Zentrums für Psychosoziale Medizin

Die psychiatrischen und psychotherapeutischen Einrichtungen des Klinikverbundes „Gesundheit Nord“ mit Ausnahme des kinder- und jugendpsychiatrischen Bereiches wurden nun unter dem Dach eines Zentrums für Psychosoziale Medizin zusammengefasst. Am 2.06.16 trafen sich der neue Leiter des Zentrums Prof. Jens Reimer und Karl Heinz Schrömgens zu einem Kennenlerngespräch. Die Überlegungen zur Ausbildung von Psychotherapeuten standen neben der Arbeitssituation der im Klinikverbund tätigen Psychotherapeuten im Vordergrund. Herr Reimer informierte darüber, dass die in den Häusern beschäftigten Psychologen und Psychotherapeuten eine eigene Leitung bekommen, die in die Leitung des Zentrums eingebunden wird.

Gemeinsames Gespräch der Vorstände der Ärzte- und der Psychotherapeutenkammer

Nach einer längeren Pause kam es auf Anregung der Psychotherapeutenkammer am 03.08.16 wieder zu einem Treffen der beiden Vorstände. Auf der Agenda der Sitzung standen als Themen die Einheit der ärztlichen und psychologischen Psychotherapie, die Auswirkungen der bevorstehenden Reform der Psychotherapie-Richtlinie auf die Berufsausübung kassenzugelassener Psychotherapeuten, die schnellere Vermittlung in dringenden Fällen in Psychotherapie sowie die Reform der Psychotherapieausbildung. Zum Thema „Einheit der ärztlichen und psychologischen Psychotherapie“ sprach die PK Bremen ihre Sorge über Stimmen von ärztlicher Seite aus, die die Kompetenzen von ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten stark voneinander abgrenzen und eine Überlegenheit der ärztlichen Psychotherapie akzentuieren. Die Präsidentin der Ärztekammer Heidrun Gitter sah dies eher als Missverständnis. Allerdings gebe es Unterschiede, z. B. in der Verordnung von Medikamenten. Über den Charakter der obligatorischen Konsiliaruntersuchung zur somatischen Abklärung vor Beginn einer Psychotherapie fand ein längerer Austausch statt, in dem Missverständnisse geklärt werden konnten.

Die Vertreter der Ärztekammer, die sich eine schnellere Überleitung an Psychotherapeuten wünsch-ten, nahmen mit großem Interesse die Erläuterungen zur Reform der Psychotherapierichtlinie entgegen, die ab 01.04.2017 wirksam wird. Ebenfalls wurden die Vorstellungen der Psychotherapeuten-schaft zur Reform der Psychotherapieausbildung erörtert. Auch hier zeigte sich, wie hilfreich das di- rekte Gespräch ist, um missverständliche Wahrnehmungen klarzustellen. Es bestand Einigkeit zwis- chen den Vorständen darüber, eine flexiblere Bedarfsplanung zu erreichen, die flexiblere Arbeits- zeitmodelle und damit eine bessere Versorgung psychisch kranker Menschen ermöglicht. Eine weitere Überlegung war, Netzwerke zwischen Haus-, Fachärzten und Psychotherapeuten zu fördern, um über eine engere Zusammenarbeit adäquatere Versorgungsmodelle entwickeln zu können.

Regelung zur Anforderung von Sprachmittler/innen für die Behandlung psychisch kranker Flüchtlinge

Am 7.Juni 2016 konnte über die Vereinbarung zwischen der PK Bremen, der Performa Nord und der Senatorin für Wissenschaft, Verbraucherschutz und Gesundheit zur Anforderung von Sprachmitt-ler/innen bei der Behandlung von psychisch kranken Menschen informiert werden.

Ab dem 1. Juni 2016 können Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bei der Performa Nord direkt Sprachmittler/innen anfordern. Als Voraussetzung gilt:

- Mitgliedschaft in der PK Bremen
- Aufnahme in die Behandlerliste der PK Bremen für „Menschen mit Fluchthintergrund“

Folgende Regelungen gelten:

- Nur die in dieser Liste aufgeführten Kammermitglieder sind berechtigt, bei der Performa Nord Sprachmittler/innen anzufordern. Die Liste ist bei der Performa Nord hinterlegt und wird fortlau- fend aktualisiert.
- Allen approbierten Mitgliedern steht der Beitritt in diese Liste offen. Die Bereitschaft, Menschen mit Fluchthintergrund regelhaft in Ihrer Praxis zu versorgen, kann formlos der Geschäftsstelle mit- geteilt werden.
- Die Sprachmittler/innen werden über ein Formular bei der Performa Nord angefordert.
- Die Vermittlungsgebühr der Performa Nord in Höhe von 7,50 € übernimmt die Senatorin für Wis- senschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz.
- Die Kosten für die Dienste der Sprachmittler/innen in Höhe von ca. 20 € je Einsatz zzgl. ca. 20 € Fahrtkosten pro Einsatz werden dem/r anfordernden Psychotherapeuten/in von diesen in Rech- nung gestellt.
- Ist ein/e Sprachmittler/in schon bei einem gelisteten Kammermitglied zum Einsatz gekommen, können weitere Einsätze direkt mit diesem/r abgesprochen werden.
- Diese Modellregelung endet mit dem 31.05.2017. Vor Ablauf der Frist wird die Regelung bewertet und ggf. eine neue Absprache zwischen SfWGV und der PK Bremen getroffen.

Gespräch mit Vertretern des Netzwerkes Selbsthilfe

Am 29.06. besuchten Amelie Thobaben und Karl Heinz Schrömgens die Räume des Netzwerkes Selbsthilfe in Bremen. Von Seiten des Netzwerkes nahmen die Geschäftsführerin Sabine Bütow sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfegruppen teil, die zum Teil auch als Patienten- vertreter in den Gremien der Gemeinsamen Selbstverwaltung tätig sind. Erfreut wurde zur Kenntnis genommen, dass mit der Psychotherapeutischen Sprechstunde zukünftig ein zeitnaher Erstkontakt zum Psychotherapeuten hergestellt werden kann. Allerdings wurden von allen Anwesenden auch die Kapazitätsprobleme gesehen, die es bei der Überführung in die psychotherapeutische Regelbehand- lung gibt. Manche Missverständnisse konnten ausgeräumt werden. Die Kammervertreter betonten, wie wichtig sie die Tätigkeit des Netzwerkes und der Selbsthilfegruppen bei Menschen mit psychi- schen Beeinträchtigungen ansehen.

Weiterentwicklung der Psychiatrie

Die PK Bremen beteiligte sich weiterhin an der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Psychiatrie. Ebenfalls beteiligt sich die PK Bremen an der Arbeitsgruppe Krisendienst. Ebenfalls arbeitet sie in der Arbeitsgruppe zur Novellierung des PsychKG mit.

Am 24.10.16 verkündete die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Prof. Eva Quante-Brandt gegenüber der Presse, dass in 2016 und 2017 je 1,2 Millionen € außerordentlich bereit gestellt würden, um die Versorgung zu verbessern. Damit reagierte die Senatorin auf die vielfäl- tigen Proteste aus Kreisen der Betroffenen, aber auch von professionellen Helfern auf das reduzierte Angebot beim Krisendienst zur Versorgung von schwerkranken Menschen mit psychischen Störun- gen. Zur Erinnerung: Die regionalen psychiatrischen Behandlungszentren, in denen der Sozialpsychi-

atrischer Dienst integriert wurde, stellten in diesem Jahr die Rund-um-die-Uhr-Versorgung von Menschen in der Krise ein. Hintergrund bildete der massive Abbau von Stellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst (- 27 % innerhalb von 10 Jahren). Finanziert werden mit den nun bereit gestellten Mitteln die Einrichtung eines Nachtcafés im Bremer Westen in der Zeit von 19.30 und 2.30 und eine telefonische Rufbereitschaft in der Zeit von 20.30 – 9.00 (Das sind die Zeiten, die von den Behandlungszentren nicht mehr abgedeckt werden). Träger dieser Maßnahmen sind die Bremer Werkgemeinschaft und die „Gesellschaft für ambulante psychiatrische Hilfen“ (GAPSY), die beide in der Stadt Bremen für sozialpsychiatrisches Arbeiten stehen. Bis 3.00 in der Nacht würden GAPSY-Mitarbeiter auch zu Hausbesuchen herausfahren. Zusätzlich werden von der Senatorin 10 Stellen für Ex-In-Genesungsbegleiter mit jeweils 20 Wochenstunden finanziell für den Förderzeitraum ausgestattet. In einer Pressemitteilung der PK Bremen, die von der örtlichen Presse aufgegriffen wurde, hieß es: „So hilfreich diese Projekte auch im Einzelnen sind, so scheint der Begriff des Modellprojektes doch zu hoch gegriffen. Denn sowohl mit dem Einsatz von Genesungsbegleitern als auch mit Nachtcafés gibt es schon gute Erfahrungen in anderen Städten, so dass von einem modellhaften Charakter nicht die Rede sein kann. Bei der nächtlichen Rufbereitschaft ist aber besonders kritisch zu sehen, dass dieser ohne ärztlich-psychiatrische oder psychotherapeutische Kompetenz ausgestattet ist. Es wird auch von den Trägern selbst problematisiert, dass der Einsatz von Psychiatern und Psychotherapeuten nicht vorgesehen sei, da eine Finanzierung nicht gegeben ist. Somit kann von den dort eingesetzten Mitarbeitern Selbst- und Fremdgefährdung wie auch Suizidalität nicht qualifiziert eingeschätzt werden. Als Folge ist zu befürchten, dass dann in diesen Fällen betroffene Menschen deren Selbststeuerungsfähigkeiten eingeschränkt sind, mit dem Streifenwagen zur Abklärung in die Notaufnahme des Klinikums Bremen-Ost transportiert werden müssen, ein Vorgang, der gerade in einem emotionalen Ausnahmezustand intensiven Leidens für Betroffene eine quälende Erfahrung darstellen kann.“

Bündnis gegen Depression

Im Rahmen des Bündnisses gegen Depression fanden weitere Aktivitäten statt. Das Bündnis beteiligte sich an dem 13. Reha- Tag am 9.11.16 im Haus am Park zum Thema „Wege aus der Depression“. Der Reha-Tag wird jährlich von der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen durchgeführt. Hans Schindler vertritt den Kammervorstand weiterhin in diesem Gremium.

Forum Frauengesundheit

Amelie Thobaben arbeitet im Forum Frauengesundheit. als Vertreterin des Kammervorstandes mit.

III. Kooperation und Zusammenarbeit auf Ebene der Psychotherapeutenkammern

Treffen mit den Vertretern der Ausbildungsinstitute

Am 14.06.16 fand erneut ein Treffen des Kammervorstandes mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ausbildungsinstitute in Bremen statt, um über den jetzigen Stand der Ausbildungsreform zu informieren und sich über die Perspektiven der verschiedenen Institute auszutauschen.

BPtK- Kommission „Aufhebung der „Befugniseinschränkungen“

Karl Heinz Schrömgens nahm am 4.11.16 in Berlin an der BPtK-Kommission zu diesem Thema teil. Auf der Tagesordnung standen Beschlussentwürfe des G-BA zur Änderung der vier relevanten Richtlinien zur Integration der neuen Befugnisse der Psychotherapeuten und die Stellungnahmen der BPtK zu diesen Entwürfen.

Länderrat im Rahmen der BPtK

An den Tagungen des Länderrates im Juni und Oktober 2016 nahmen Hans Schindler bzw. Amelie Thobaben und Karl Heinz Schrömgens teil.

Psychotherapeutenjournal

Hans Schindler und Sylvia Helbig-Lang arbeiteten weiterhin in der Redaktion des Psychotherapeutenjournals mit. Frau Helbig-Lang ist verantwortlich für die Erstellung der Bremer Seiten im Psychotherapeutenjournal.

IV. Fortbildung

Fortbildungen für eine qualifizierte Arbeit mit psychisch kranken Flüchtlingen

Am 25.05. und 14.09.16 fanden in Kooperation mit REFUGIO zwei Fortbildungsveranstaltungen zur psychotherapeutischen Arbeit mit Flüchtlingen statt.

Qualitätszirkel Psychosen- Psychotherapie

Der Qualitätszirkel Psychosen-Psychotherapie traf sich zu einer weiteren Sitzung. Prof. Uwe Gonther, Ärztlicher Leiter des Ameos-Klinikums Dr. Heines hielt einen engagierten Vortrag zur Verordnung von Psychopharmaka. Insbesondere verwies er auf fehlende Evidenz bei der Verordnung von Antidepressiva und Antipsychotika. Zwar hätten Psychopharmaka auch ihre hilfreichen Seiten, jedoch seien die Wirkungen nicht punktgenau und viel zu unspezifisch, um die Vergabe von Psychopharmaka im angewandten Umfange zu rechtfertigen. Er verwies auf verschiedene Literaturquellen. Es gab Zustimmung, aber auch kritische Einwände.

V. Weiterbildung

Kammerausschuss Fort- und Weiterbildung

Der Kammerausschuss für Fort- und Weiterbildung tagte im Berichtszeitraum einmal. Themen waren die Anpassung der Weiterbildungsordnung an die aktuelle Musterweiterbildungsordnung der BPtK und die Frage, wie die Weiterbildung Neuropsychologie in Bremen attraktiver gestaltet werden könnte.

VI. Ausbildung

Arbeitsgruppe Transition zur Reform der Psychotherapieausbildung

Hans Schindler beteiligte sich weiterhin als Vertreter der PK Bremen an den Beratungen der Arbeitsgruppe. Inzwischen hat das Bundesgesundheitsministerium „Eckpunkte zur Novellierung der Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten“ vorgelegt. An dem BPtK- Symposium am 7.11.16, an dem die parlamentarische Staatssekretärin Anette Widmann-Mauz die Vorstellungen des BMG erläuterte, nahm ebenfalls Hans Schindler teil.

VII. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Arbeitskreis „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie“

Unter Leitung des Koordinators Christoph Ralfs setzte der Arbeitskreis „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie“ seine Arbeit fort.

Kinder- und Jugendpsychiatrischer Ausschuss

Herr Ralfs arbeitete als Vertreter der Kammer in diesem kommunalen Ausschuss mit.

VIII. Angestelltenfragen

Erhebung zur tariflichen Eingruppierung im Bereich Kliniken

Um einen Eindruck zu erhalten, wie die Vergütungssituation Bremer Psychotherapeuten in Anstellung aussieht, führte die Kammer eine Befragung unter den Mitgliedern durch, die in Krankenhäusern angestellt sind. Etwa ein Drittel der angeschriebenen Mitglieder beantworteten den kurzen Fragebogen (davon 66% PP). Der Großteil der Teilnehmer (76%) gab eine Beschäftigung bei einem kommunalen Arbeitgeber an; zwei Teilnehmer waren bei kirchlichen Trägern beschäftigt und vier Teilnehmer bei freien Trägern. Während die kommunalen Träger die psychotherapeutische Tätigkeit gemäß TVöD vergüteten, war dies bei den freien Trägern nur bei einer Person der Fall. Mit einer Ausnahme wurden ansonsten Haustarife gezahlt. Große Unterschiede gab es jedoch in den Entgeltstufen, auch innerhalb der kommunalen Träger und sogar innerhalb derselben Klinik. Unter den Befragten mit einer Bezahlung nach TVöD waren 56% in der Entgeltstufe 14 eingruppiert; 38% erhielten ein Gehalt entsprechend der Entgeltstufe 13. Nur eine Person gab an, gemäß Entgeltstufe 15 bezahlt zu werden. Damit bleibt die Vergütung angestellter Psychotherapeuten in Bremen hinter den Forderungen der Berufsverbände und Gewerkschaften zurück. Interessanterweise gab es hinsichtlich der Art der Approbation keine deutlichen Unterschiede in der Eingruppierung; Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten waren zu 38% in der geringsten Entgeltstufe; bei Psychologischen Psychotherapeuten lag dieser Satz bei 31%.

IX. Weitere Aktivitäten

Empfang für neue Mitglieder am 8.06.16

Die PK Bremen lud zum dritten Mal zu einem Empfang für die neuen Mitglieder in den Räumen der Kammer ein. Nahezu 30 neuapprobierte bzw. zugezogene Kolleginnen und Kollegen besuchten die Veranstaltung, auf der die Kammer ihre Arbeit vorstellte. Dem schloss sich ein angeregter Austausch mit den Mitgliedern des Vorstands an.

Kammerversammlung in Bremerhaven am 17.08.16

Auf der Versammlung der Bremerhavener Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten am 17. August referierte Kammerpräsident Karl Heinz Schrömgens zu den neuen Beschlüssen des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Änderung der Psychotherapie-Richtlinie.

Neben einer ausführlichen Darstellung und kritischen Bewertung der G-BA-Beschlüsse zur Richtlinie wurde auch über die neuen Möglichkeiten im Job-Sharing aufgrund der Änderung der Bedarfsplanungs-Richtlinie informiert. Als dritten Punkt stellte Schrömgens die Auswirkungen der Aufnahme von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst vor und stellte erste Ergebnisse einer Umfrage über Vergütungshöhe und tarifliche Eingruppierung von angestellten Kammermitgliedern in Kliniken und Krankenhäusern vor.

Die Versammlung, an der traditionell auch ärztliche Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, verlief in einer sachlichen Atmosphäre. Es gab viele Nachfragen, aber auch verständnisloses Kopfschütteln bei mancher neuen Regelung, deren Sinn sich nicht erschloss. Mit den erweiterten Möglichkeiten, die die psychotherapeutische Sprechstunde bietet, wurde die Hoffnung auf einen zeitnahen Erstkontakt verbunden. Zugleich wurde kritisch angemerkt, dass dadurch trotzdem der Mangel an Behandlungskapazitäten erhalten bleibt.

Informationsveranstaltung der PK Bremen zur Neufassung der Psychotherapie-Richtlinie am 15.09.16

180 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nahmen an der zentralen Informationsveranstaltung der PK Bremen teil, darunter auch ärztliche Kolleginnen und Kollegen wie auch Angehörige der niedersächsischen Kammer. Dipl.-Psych. Timo Harfst, wissenschaftlicher Mitarbeiter der BPtK, führte sachkundig in die Beschlüsse ein und konnte viele Hintergrundinformationen liefern. Die Teilnehmer/innen verfolgten aufmerksam die Ausführungen. Zahlreiche Informationsfragen konnten geklärt werden.

Arbeitskreis „Psychisch erkrankte Schwangere und junge Mütter“

Auf Initiative von Kammermitgliedern gründete sich ein Arbeitskreis zum obigen Thema. Ziel: Verbesserung der Vernetzung untereinander zum fachlichen Austausch, aber auch kurzfristige Versorgungsangebote für diese Patientengruppe zu ermöglichen.

Kammerausschuss Beschwerde und Schlichtung

Wegen fehlender Aufträge war der Ausschuss in diesem Halbjahr nicht mit Beschwerden und Schlichtungsersuchen beschäftigt.

Kammerausschuss für Finanzen

Die Mitglieder des Finanzausschusses trafen sich am 26.09.2016 in der Geschäftsstelle der Kammer, um den Jahresabschluss 2015 zu prüfen und über den Haushaltsplanentwurf 2017 zu beraten.

Mitgliederinformation

Die Mitglieder wurden regelmäßig über PK Bremen-Info-Mail über aktuelle Entwicklungen informiert und auf interessante Veranstaltungen im Bremer Raum aufmerksam gemacht.

Ebenfalls bietet die Webseite der PK Bremen Mitgliedern und Bürgern viele Informationen rund um das Feld Psychotherapie.

X. Öffentlichkeitsarbeit

Medienberichterstattung

Die größte Regionalzeitung „Weser Kurier“ griff Ende Juni auf Initiative der PK Bremen das Thema „Versorgung psychisch kranker Flüchtlinge auf“ und stellte ausführlich die Kammerkritik am restriktiven Vorgehen der KVHB und der Kassen bei der Erteilung von Ermächtigungen für die Behandlung traumatisierter Flüchtlinge dar.

Am 12.09. berichtete der Weser Kurier über eine Neuausrichtung des Studienganges Psychologie. Ausdrücklich wurde das Engagement der PK Bremen für die Erhaltung des Studienganges erwähnt. Ebenfalls wurde Bezug genommen auf die Reformdiskussion in der Psychotherapeutenchaft und das Erfordernis, den Studiengang darauf auszurichten. Am 2.11. wurde über die Kritik der PK Bremen an der Psychiatrie-Politik der SfWGV und des Klinikverbundes Gesundheit Nord informiert.

Woche der seelischen Gesundheit

Wiebke Rappen und Sylvia Helbig-Lang vom Kammervorstand luden im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit zu einer Informationsveranstaltungen „Wege in die Psychotherapie“ ein, um über Indikationsbereiche, Arten und Zugangswege zur Psychotherapie zu berichten. Es entstand eine rege Diskussion mit den Teilnehmern, über derzeitige Mängel und Kapazitätsprobleme in der ambulanten Versorgung. Informationen zum Kostenerstattungsverfahren und zur Reform der Psychotherapie-Richtlinie wurden mit großem Interesse entgegen genommen.

XI. Vorstand

Kammervorstand

Der Kammervorstand traf sich in der Arbeitsperiode zu sieben Sitzungen

XII. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle beantwortete im Berichtszeitraum zahlreiche Anfragen von Kammerangehörigen und von Ratsuchenden außerhalb der Kammer.